

!Achtung: Sperrfrist 15. Juli 2008, 11 Uhr!

Positions- und Hintergrundpapier zur Einsprache

Am 5. Juni 2008 veröffentlichte das Bundesamt für Energie (BfE) folgende Nachricht: «Am 25. Januar 2005 hatten die Bernischen Kraftwerke (BKW) ein Gesuch um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung des Kernkraftwerks Mühleberg eingereicht. Die Gesuchsunterlagen werden nun vom 13. Juni bis 14. Juli 2008 bei den betroffenen Kantonen, Amtsbezirken und Gemeinden öffentlich aufgelegt.» Zusammen mit mehreren Organisationen aus der Region und der gesamten Schweiz sowie mit vielen Privatpersonen insbesondere aus der Zone 1 erhebt Fokus Anti-Atom jetzt Einsprache gegen eine unbefristete Betriebsverlängerung des AKW Mühleberg.

Die BKW argumentiert, dass das AKW Mühleberg rechtlich gleich wie die anderen AKW der Schweiz behandelt werden soll. Neben Mühleberg war das AKW Beznau II die einzige der fünf schweizerischen Anlagen, die jahrzehntelang nur über eine befristete Bewilligung verfügte.

Allerdings haben die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK)¹ für die definitive Betriebsbewilligung des AKW Beznau II vom 3. Dezember 2004 während der Zeit vom 5. März bis zum 5. Juni 2002 sämtliche atomrechtlich vorgeschriebenen Unterlagen öffentlich auflegen müssen. Im Vergleich dazu werden mit dem aktuellen Verfahren zum AKW Mühleberg, während dem nur eine Stellungnahme der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK)² zur periodischen Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerks Mühleberg (2005) und die Gesuche der BKW öffentlich aufgelegt werden, die BKW übervorteilt.

Diese wehrte sich bereits vor dem Bundesgericht gegen ein Betriebsbewilligungsverfahren. Im Urteil³ des Bundesgerichts vom 21. Januar 2008, Absatz 3.4, wird klar, worum es ihr geht: «Die Beschwerdegegnerin wehrt sich gegen die Durchführung eines vollständigen neuen Betriebsbewilligungsverfahrens, da ein solches angesichts der vielen zu erbringenden Nachweisen und einzureichenden Dokumente äusserst kostspielig sei.»

Auf offenes Gehör stiess die BKW bereits bei der HSK. In einem Interview⁴ mit dem Tagesanzeiger bezüglich der Kernmantelrisse war zu lesen: «Für HSK- Sprecher Anton Treier geht diese Forderung (Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg) zu weit.» Er sagt: «Über die Jahre sind die Risse in etwa so gewachsen, wie wir erwartet haben. Und wir beobachten die Entwicklung laufend.» Tatsächlich sei in einigen ausländischen Atomkraftwerken gleichen Typs der Kernmantel ganz ausgetauscht worden. Doch sei dieser im Ausland etwas anders konstruiert und deshalb einfacher ersetzbar. «Solange wir die Sicherheit für gegeben halten, ist eine Reparatur oder ein Ersatz nicht nötig», so Treier. Für die Zeit nach 2012 brauche es aber «eine Neubewertung».

Verfahrensmängel und Vorgehen

Bei der Durchsicht der aufgelegten Akten am 13. Juni gelangten die EinsprecherInnen schnell zur Einschätzung, dass es sich hier um ein Schein-Verfahren handelt. Als einzige Grundlage dient die HSK-Beurteilung eines drei Jahre alten Sicherheitsberichts (PSÜ 2005), der neueste Erkenntnisse zum Sicherheitserdbeben PEGASOS 2007⁵ nicht integriert. Dies, obwohl diese aktuelle Studie aufzeigt, dass das Erdbebenrisiko bisher erheblich zu tief eingeschätzt wurde. Gemäss Fokus Anti-Atom keine angemessenen Voraussetzungen, um sich ein umfassendes Bild über das Risiko des AKW Mühleberg zu machen!

Auch Zeitpunkt und Dauer der Aktenaufgabe sind ungünstig gewählt. Kurz vor und während der Ferienzeit hatte Fokus Anti-Atom nur einen Monat Zeit, um potenzielle EinsprecherInnen auf ihr Recht und die Mängel des AKW aufmerksam zu machen.

Trotz aller Hindernisse organisierte Fokus Anti-Atom im Eiltempo eine Kurzstellungnahme durch das Ökoinstitut Darmstadt und zusammen mit dem Fürsprecher Rainer Weibel eine Einsprache als Grundlage für die Einsprechenden. Beide werden von führenden Umweltorganisationen und Parteien mitgetragen.

¹ Nordostschweizerische Kraftwerke AG

² Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen

³ http://jumpcgi.bger.ch/cgi-bin/JumpCGI?id=21.01.2008_2C_170/2007

⁴ Tagesanzeiger vom 26.2.2008, Die Risse im AKW Mühleberg wachsen. <http://www.tagesanzeiger.ch/dyn/news/schweiz/845707.html>

⁵ http://www.hsk.ch/deutsch/files/pdf/pegasos_juni_07.pdf

Die ersten EinsprecherInnen forderten beim BfE weitere zur Beurteilung relevante Unterlagen nach:

- BKW FMB Energie AG: Periodische Sicherheitsüberprüfung 2005, BKW FMB Energie AG
- Probabilistische Mühleberg Sicherheitsanalyse MUSA 2005 und SMUSA (Stillstand)
- Detaillierung betreffend das AKW Mühleberg in der «Liste der Geschäfte»⁶ der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (Stand 21.04.2008)
- Geschäft, detaillierte Beschreibung und jeweilige Auflagen der HSK. (s. Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK: Liste der Geschäfte (Stand 21.04.2008)
- TÜVNORD EnSys GmbH: Gutachten zur Sicherheitsbewertung der Klammervorrichtung⁷ im Hinblick auf Kernmantel-Durchrisse; 2006
- Structural Integrity Associates, Inc: Core spray piping and sparger flaw evaluation handbook (zit. In Structural Integrity Associates, Inc: News & Views; Summer 2006)

In einem weiteren Schritt wurde die Einsprache als Masseneinsprache an mehrere tausend EinwohnerInnen der Zonen 1 und 2 gesandt.

Zahlreiche Einsprachen

14 ewohnerInnen der Zone 1 und 25 BewohnerInnen der Zone 2 reichten zusammen mit den Parteien: SP CH, SP Kt Bern, Grüne CH, Grüne Kt. Bern, Grüne Kt. SO und Organisationen: Mühleberg unter der Lupe MUL, Ökogruppe Laupen, Greenpeace, SES vertreten durch den Fürsprecher Rainer Weibel eine Einsprache gegen die unbefristete Betriebsbewilligung ein.

Die „Betroffenen-Bezirke“ umfassen gemäss Zonenplan für Notfallplanung:

- Zone 1 AKW Mühleberg: 7 Gemeinden mit insgesamt 2'279 EinwohnerInnen
- Zone 2 AKW Mühleberg: 174 Gemeinden mit insgesamt 529'047 EinwohnerInnen

Weitere Organisationen, Kunstschaffende und Privatpersonen reichten eine individuelle Einsprache ein. Ein Auszug der EinsprecherInnen befindet sich am Ende dieses Dokumentes. Die genaue Anzahl EinsprecherInnen kann im Moment noch nicht überblickt werden, die verfügbare Einsprachezeit war für Rückmeldungen zu kurz.

In der kurzen Zeit manifestierte sich eine erfreulich breite politische Unterstützung:

- Etliche EinwohnerInnen jeden Alters der Zone 1 um das AKW Mühleberg meldeten sich und unterstützen die Einsprache. Das zeigt, dass sich die BKW täuscht, wenn sie denkt, das AKW sei in der Bevölkerung breit abgestützt.
- Auch in der erweiterten Zone 2 meldeten sich etliche Private, Parteien und Organisationen bei Fokus Anti-Atom. Die Kräfte im Kanton Bern gegen das AKW Mühleberg formieren sich.
- Bereits haben sich junge Leute der Zone 1 und 2 als Regionalgruppe «Nie Wieder AKW NWA»⁸ zusammengeschlossen, für den Herbst ist bereits eine Aktion in Bern geplant.
- Die Einsprachen der Stadt Bern und der Gemeinde Köniz zeigen die Betroffenheit der Gemeinden in Haupt-Windrichtung des AKW Mühleberg auf. In der Stadt Freiburg wurde eine Resolution des Generalrats gegen die Betriebsbewilligungsverlängerung angenommen.
- Die Unterstützung im Einspracheverfahren geht über die Grenzen hinweg. Rückmeldungen erhielten wir von Einsprecherinnen aus dem Vorarlberg, Süddeutschland und selbst aus Berlin.

Das AKW Mühleberg darf keine unbefristete Bewilligung erhalten

Das 36 Jahre alte AKW würde als Neuanlage keine Betriebsbewilligung erhalten. Als AKW der ersten Serie der Siedewasserreaktoren (SWR) rangiert es heute von 94 SWR unter den 10 ältesten. Bereits die Konstruktionsweise – ein zu kleines Containment verhindert die räumliche Trennung als Schutz gegen interne Überflutung und Brand und verhindert die Aufrüstung zu einem AKW auf dem neuesten sicherheitstechnischen Stand. Zudem weisen wichtige Reaktoreinbauten wie zum Beispiel der Kernmantel und die Kernsprühleitung Risse auf.

⁶ <http://www.hsk.ch/deutsch/infos/start2.htm> > Zugang zu amtlichen Dokumenten > HSK-Geschäfte (PDF-File)

⁷ (zit. in Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen HSK: „Sicherheitstechnische Stellungnahme zur Periodischen Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerks Mühleberg“; 2007, S. 10-4)

⁸ <http://www.nwa-schweiz.ch/Regionalgruppe-NWA-Bern.59.0.html>

Eine Erdbebenstudie PEGASOS, die im Juni 2007 veröffentlicht wurde, zeigte auf, dass das Erdbebenrisiko massiv unterschätzt wurde. Dies ist umso dramatischer, als bereits zuvor belegt werden konnte, dass im Erdbebenfall beim AKW Mühleberg mit dem Ausfall mehrerer Sicherheitssysteme zu rechnen wäre. Die HSK formulierte in ihrer Stellungnahme zum Bericht über die periodische Sicherheitsüberprüfung (PSÜ) etliche Forderungen an die BKW. Sicherheitsnachweise müssen erbracht und Neuberechnungen angestellt, Mängel beseitigt und Vorschläge zum weiteren Vorgehen erbracht werden. Die Frist läuft nach dem vom BfE vorgesehenen Termin für einen Entscheid zur «unbefristeten Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg» im Frühjahr 2009, teils sogar im Jahre 2012, ab.

Die Vertreter der Einsprechenden, Rainer Weibel, Fürsprecher, Christian Küppers vom Ökoinstitut Darmstadt⁹, die Einsprecherinnen Iris Balmer und Anna Tanner sowie Jürg Joss von Fokus Anti-Atom, erläutern an der Pressekonferenz vom 14.7.2008 Mängel am Verfahren und der Technik des AKW Mühleberg sowie die Betroffenheit der Bevölkerung. Sie fordern, dass dem AKW Mühleberg keine unbefristete Betriebsbewilligung zu erteilen ist.

Beilagen:

- Kurzstellungnahme zum Gesuch der BKW um Aufhebung der befristeten Betriebsbewilligung für das Kernkraftwerk Mühleberg, Ökoinstitut Darmstadt, 14. Juli 2008
- «Mangelnder Erdbebenschutz im Maschinenhaus des AKW Mühleberg», Jürg Aerni, lic. phil. II, 11. Juli 2008

Weitere Infos zum aktuellen Verfahren finden Sie unter: www.fokusantiatom.ch

Kontakte:	Jürg Joss, Fokus Anti-Atom	fokusantiatom@fokusantiatom.ch	079 330 06 60
	Rainer Weibel, Fürsprecher	rainer.weibel@bluewin.ch	031 312 08 15

Einsprache erhoben haben unter vielen anderen:

Stadt Bern; Gemeinde Köniz; Gemeinde Radelfingen; TRAS www.atomschutzverband.ch;
Sozialdemokratische Partei der Schweiz; Sozialdemokratische Partei des Kt. Bern; Grüne Partei der Schweiz;
Grüne Kanton Bern; Grüne Kt. Solothurn; Grüne Kt. Freiburg; Junge Alternative Kt. Bern; Schweizerische Energie-Stiftung (SES); Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK; Greenpeace CH; Verein Mühleberg unter der Lupe MUL, FAU Bern; Grüne Partei Bern (Demokratische Alternative);
14 Betroffene der Zone 1, darunter Ursula Balmer-Schafroth; Thomas Koch, Ex-GR- SP- BE; Margret Kiener Nellen NR- SP- BE; Linard Bardill Musiker; Christine Lauterburg Musikerin; Gusti Pollak Musiker; Andreas Hofmann Grossrat SP; Martin Frei-Erb Stadtrat GFL Thun; Liz Fischli-Giesser Grüne Köniz; Jürg Aerni MuL; Thomas Christen SP- CH; Chantal Gahlinger SP- CH; Hasim Sancar Stadtrat GB BE; Nadia Omar Stadträtin GFL BE; Conradin Conzetti Stadtrat GFL BE; Anne Wegmüller Stadträtin BE; Daniela Lutz-Beck Stadträtin GFL BE; Mario Pardini SP Grossrat; Eberhard Fritz Fokus Anti-Atom; Susanne Elsener Stadträtin GFL BE; Kurt Gyax Fokus Anti-Atom; Luzius Theiler GPB BE; Corinne Schärer GR- Grüne- BE; Johanna M. Schlegel GR- Grüne- BE; Blaise Kropf GR- Grüne- BE; Petra Wagner Fokus Anti-Atom; Anna Tanner Juso Biel; Manuel C. Widmer Präsident GFL Stadt BE; Anna Maria Hofer GR GFL BE; Beat Moser Grüne Münsingen; Ursula Wyss NR- SP- BE; Simonetta Sommaruga SR- SP- BE; Evi Allemann NR- SP- BE; André Daguët NR- SP- BE; Iris Balmer JA BE; Brigit Wyss NR- Grüne- SO; Franziska Teuscher NR- GB- BE; Jürg Joss Fokus Anti-Atom; Ricardo Lumengo NR- SP- BE; Nie_wieder_AKW NWA; und weitere Privatpersonen.

⁹ www.Oeko.de